



Liebe und sehr geehrte Mitglieder der ARE und der Mitgliedsverbände unseres Zusammenschlusses, verehrte Mitstreiter und Förderer, sehr geehrte Damen und Herren,

Heute ein kleiner Beitrag aus unserer Tätigkeit und Medienarbeit:

Kraftvolle Offensive der Bodenreform-Geschädigten

- "Storkower Erklärung" verkündet... Forderungen der Enquete-Kommission sofort umsetzen!"
ARE betreibt " Landesweite Mobilmachung"-

"Von Storkow wird heute ein besonderes Signal ausgehen, es besagt, dass die Geschädigten von Bodenreform und LPG- Unrecht und deren Erben jetzt voll in die Offensive" gehen". Das sagte der Bundesvorsitzende der "Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum/ ARE ", Manfred Graf von Schwerin am Mittwoch, den 26.März im dicht besetzten großen Saal des Gasthofs "Storchenklause" in Storkow/Mark. - Auf dieser ersten Regionalveranstaltung des Jahres bezeichnete der ARE-Chef die Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission Brandenburg als Ausgangspunkt für eine landesweite Mobilmachung gegen fortwirkendes Unrecht.

Letztlich habe die Rot-rote Koalition, sogar von den von ihr benannten Gutachtern eine eindeutige "Klatsche" kassiert. Man könne die Verantwortlichen jetzt nur davor warnen, weiter untätig zu bleiben oder die Umsetzung der Empfehlungen im Landtags-Wahljahr auszusitzen. Schon am Mittwoch, d. 2.April werde die ARE im Landtag erneut Präsenz zeigen und vor allem die drei Oppositionsparteien CDU, Grüne und FDP beim Hinwirken auf die überfällige Kurskorrektur laut Abschlussbericht der Kommission unterstützen.

Ausführlich stellte Rechtsanwältin Catherine Wildgans die jetzt gegebenen Möglichkeiten für Betroffene von LPG- und Boden-Unrecht dar. Sie verlangte u.a., die zuständigen Stellen des Landes sofort zur geforderten Prüfung der über 50 gescheiterten LPG-Umwandlungen zu veranlassen.

Große Empörung löste ihre Mitteilung aus, dass nach fachlichen Überprüfungen der angeblichen Erbensuche des Finanzministerium jetzt feststehe, dass das Finanzministerium seinerzeit geleitet vom Linken-Politiker Markow eine gezielte "Täuschung mit System" betrieben habe. Die angeblich gefundenen Berechtigten seien laut Nachprüfung gar keine Bodenreformland-Erben gewesen, sondern nur Besitzer von Klein- Grundstücken. " Der dank unserer Nachforschung aufgeflogene Schwindel des Finanzministeriums wird Folgen haben " so die Fachjuristin." Die ARE wird diese offenbar systematische Täuschungsaktion nun öffentlich darstellen" ergänzte ARE- Chef v. Schwerin.

Anschließend unterzeichneten die Teilnehmer als spontanen Ausdruck ihrer Entschlossenheit eine Resolution, die als "Storkower Erklärung" am 02. April veröffentlicht werden soll.

Wir zitieren hier aus der "Storkower Erklärung" vom 26.3.2014.

In dem von über 40 anwesenden Teilnehmern in Storkow durch Unterschrift unterstützten Dokument heisst es u.a.

"...Die verantwortlichen Stellen in Politik und Justiz in Brandenburg werden im Sinne der

Handlungsempfehlungen des Abschlussberichts der Enquete-Kommission aufgefordert, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, die die Registergerichte des Landes Schritte veranlasst, eine grundlegende Prüfung namentlich bereits benannter bzw. anderer bekannt gewordener sog. „LPG-Scheinrechtsnachfolger“ - d.h. der fehlgeschlagenen und daher nichtigen LPG- Umwandlungen vorzunehmen und die aus der Überprüfung resultierenden Konsequenzen zu ziehen. Dies gilt besonders für zu Unrecht geleistete Fördermillionen.

.....

Nach vorliegenden Unterlagen ist jetzt beweisbar, dass die angebliche und mit Veröffentlichungen etc. aufwendig betriebene Erbensuche für Bodenreform-Eigentümer seitens des Finanzministeriums bisher überhaupt nicht zum Auffinden von Restitutions - Berechtigten aus der Bodenreform (den sogen. Neusiedler-Erben) geführt hat. Stattdessen wurde diese Suche offenbar systematisch vorgetäuscht. Daher ist nunmehr sofort die professionelle und dabei transparente Erbenermittlung in Gang zu setzen.- Die ARE als Zusammenschluss der Geschädigten erklärt sich im Interesse der Beteiligten zu einer Mitarbeit und fachlichen Unterstützung bereit.

Auch in Anbetracht der jetzigen Lage und der bekannt gewordenen Täuschungen erhält der Passus in den Handlungsempfehlungen besonderes Gewicht, dass das Land vor Abschluss aller Verfahren die die Neusiedler-Erben betreffen, keinesfalls Veräußerungen der jetzt beim Landesfiskus liegenden weggenommene Agrarflächen vornehmen darf.....

.....

Alle Rechtsstaatler und Unrechtsbetroffene verwahren sich gegen die fehlende Bereitschaft der Landesregierung und der sie tragenden beiden Parteien, den von der Fraktion der Bündnisgrünen eingebrachten Gesetzentwurf zum "Bodenreform-Wiedergutmachungsgesetz", der auch von den beiden anderen Oppositionsparteien CDU und FDP unterstützt wird, überhaupt zur Diskussion zuzulassen bzw. den Vorschlag korrekterweise in die Ausschüsse zu überweisen. - Die versammelten Teilnehmer in Storkow stellen fest, dass dieser Willkürakt der Mehrheit im Landtag im Jahre 2013 einen Tiefpunkt politischer Kultur darstellt, der in der Geschichte der Bundesrepublik ohne Beispiel ist. - Die Landtagsfraktionen werden aufgefordert, diesen Gesetzentwurf mit aller Entschlossenheit bald wie möglich einzubringen und zu unterstützen. - Wir selbst werden die Diskussion in der Öffentlichkeit vorantreiben.

.....

Die versammelten Teilnehmer bestehen darauf, dass alle durch die Enquete-Kommission aufgedeckten und deutlich gemachten Defizite in den Bereichen "Eigentum/ Eigentumsschutz" sowie "Ländlicher Raum/ Landwirtschaft" zu konkreten Kurskorrekturen führen und geeignete Maßnahmen zur Nachbesserung erfolgen. Zugleich muss in Fortführung der Arbeit der Enquete-Kommission dafür gesorgt werden, dass auch die weiteren - von der ARE und auch von Geschädigten direkt aufgelisteten folgenreichen Fehlentwicklungen, die bisher nicht direkt thematisiert worden sind, in weitere Ermittlungen einbezogen werden.

Als Beispiel kann verwiesen werden auf nachweisbares Fehlverhalten seitens etlicher „ Ämter für offene Vermögensfragen" und die dahinter erkennbaren rechtswidrigen Handlungsweisen politisch Verantwortlicher seit dem Jahr 1990.....

Im Wahljahr 2014 werden sich die Unterzeichner der „Storkower Erklärung" mit einer vorbereiteten "Dokumentation zur Lage des Rechtsstaates in den jungen Ländern" zu Wort melden und damit zur Aufklärung und Aufarbeitung beitragen. ..."

Achtung! Am Mittwoch, den 02. April 2014 ab 12.00 Uhr – CDU-Ausstellung; ab 13.00 Uhr – Plenarsitzung der Enquetekommission beim Landtag Potsdam.Mit freundlichen Grüßen

ARE-Team

M. Graf v. Schwerin